

Langer Streit um Asylbewerberheim

Der Kreis München baut in Putzbrunn eine Unterkunft für rund 60 Asylbewerber. Das Bürgerbegehren, das ursprünglich dagegen war, wird's wohl trotzdem geben. Zwar wollen die Initiatoren mit Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun haben – aber ein fader Beigeschmack bleibt.

VON MARCUS MÄCKLER



Noch ist es eine Baustelle. Aber bald soll auf dem Grundstück in Putzbrunn eine Unterkunft für 60 Asylbewerber entstehen. Einzugstermin: Januar 2014.

FOTO: DPA

München/Putzbrunn – Man konnte fast den Eindruck gewinnen, in dieser Sache habe es niemals Streit gegeben. Spätestens als Wolfgang Leitner, Anwalt der Bürgerinitiative Putzbrunn-Ottobrunn, kurz: BIPO, im Verwaltungsgericht München sagte, das geplante Asylbewerberheim sei mit dem Bürgerbegehren seiner Mandanten vereinbar, wurden die Zuhörer in Saal vier hellhörig. Wie vereinbar? War da nicht was?

Tatsächlich war die BIPO im April diesen Jahres ange-

treten, die Unterkunft, die der Kreis München für rund 60 Asylbewerber plante, zu verhindern. Offiziell hieß es, man wolle den Platz lieber für altersgerechtes Wohnen nutzen, die Gemeinde Putzbrunn und das Landratsamt, Eigentümer des 36 000 Quadratmeter großen Areals, hätten an den Bürgern vorbei entschieden. Den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit wurden die Initiatoren aber nie los.

Vor dem Verwaltungsgericht spielte das keine Rolle mehr. Vordergründig jeden-

falls. Immerhin ist inzwischen klar, dass das Heim für rund 60 Asylbewerber kommen wird. Der Landkreis hat eine Baugenehmigung in der Tasche, Einzugstermin ist Januar 2014. Bei der Klage der BIPO ging es stattdessen darum, das Bürgerbegehren, das der Gemeinderat für unzulässig erklärt hatte, doch durchführen zu können. Zumindest das, was davon übrig ist.

Dass die Vorsitzende Richter Beck das Begehren als zulässig, die Entscheidung des Gemeinderats also als un-

begründet einstufte, ist ein Erfolg für die BIPO. Die Bürger sollen nun über die Nutzung des restlichen Grundstücks mitentscheiden können. Im Sinne der BIPO hieß das: Wohnraum für Senioren statt eines „Flickenteppichs von Gebäuden“, wie es Leitner ausdrückte. Im Hintergrund des bewusst ziemlich sachlich abgewickelten Gerichtstermins schwelte aber noch immer ein tieferer Konflikt.

Das spürte auch Putzbrunns Bürgermeister Edwin Klostermeier (SPD). „Ich glaube einfach nicht, dass es das primäre Ziel der Initiative war, altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen“, sagte er nach der Verhandlung. Im Klartext heißt das: Man misstraut sich noch immer. Der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, der BIPO-Initiatorin Margit Preiss „schmerzt“, steht weiter im Raum.

Das muss nicht wundern. Die Diskussion in der 6300-Einwohner-Gemeinde war emotional. Flugblätter folgten auf Infoabende. Angeblich kursierten sogar Drohbriefe gegen Mitglieder

der Initiative Top (Tolerantes Putzbrunn), die sich als Reaktion auf die BIPO gründete – und zwar bewusst als Befürworter einer Asylbewerber-Unterkunft.

Das Ganze sei ja kein Putzbrunner Problem, sagte Top-Sprecher Florian Martius im Vorfeld der Verhandlung. „Ich fürchte, dass das eine gesellschaftliche Entwicklung ist.“ Tatsächlich ist das Thema in vielen Gemeinden wichtig. Auch der Bayerische Landkreistag wird sich Ende Oktober damit beschäftigen. Kern der Sitzung ist vor allem die „Bewältigung des Asylbewerberzustroms“.

Daran, die alten Wunden offenzuhalten, kann aber beiden Parteien kaum gelegen sein. Irgendwie konnten sich nach dem gestrigen Termin auch beide als Sieger fühlen. Zwar ist Klostermeier jetzt angehalten, das ungeliebte Bürgerbegehren durch den Gemeinderat zu drücken. Aber das Asylbewerberheim kommt. Für die Gemeinden, die händeringend nach Wohnraum suchen, ist das ein kleiner Sieg. Immerhin.